

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 1/2008 Januar / März 2008



Abdruck des Cartoons von Hans Traxler mit freundlicher Genehmigung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

Aus dem Inhalt:

Schulstruktur reformiert
Und jetzt?

Seite 2

Das 2. Elternforum
Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus

Seite 6

Medienkompetenz
Denn sie wissen nicht, was sie tun

Seite 11

Migration und Integration
Gleichheit in der Vielfalt wahren

Seite 12

Realschule plus

Fast jede Veränderung, von deren Auswirkungen viele Menschen betroffen sind, löst eine Flut von Kommentaren aus, fast immer auch mit einem gewissen Anteil besonders kritischer bis ablehnender Meinungen, selbst dann, wenn die Veränderungen die allerbeste von allen Lösungsmöglichkeiten wäre. Dabei wird häufig übersehen, dass auch der „Status quo“ einmal eine Veränderung gegenüber dem zuvor herrschenden Zustand war, - möglicherweise auch damals schon von vielen ebenso belobigt wie auch verbissen bekämpft. Darin manifestiert sich nicht nur menschliches Beharrungsvermögen und beliebtes Festhalten an vertrauten Gewohnheiten und Besitzständen, sondern dass durch Veränderungen die Einzelinteressen eines jeden durchaus in unterschiedlicher Richtung und Intensität tangiert werden können.

Ich möchte jetzt nicht so weit gehen, die „Realschule plus“ als den „großen Wurf“ zu bezeichnen. In aller Ehrlichkeit glaube ich persönlich, dass das noch nicht einmal unsere Ministerin tut.

Wenn sich jedoch durch die zunehmende Marginalisierung der Hauptschulen, gestiegene Anforderungen der Berufswelt und Drang zu höherer Ausbildungsqualität Handlungszwänge ergeben, dann bleibt nur eine Wahl. Man kann sich entweder in der Entwicklung von idealen „Wunsch-Dir-was-Ideen“ ergehen und dabei sicher tolle Ideen entwickeln, die die komplexen Aspekte der Machbarkeit bzw. der flächendeckenden Realisierung in endlicher Zeit ignorieren. Oder aber man schaut in unserem ressourcen-optimierten Zeitalter auf das Machbare, auf die Rahmenbedingungen, z.B. auf bereits vorhandene Infrastrukturen, die

eventuell für einen neuen Schultyp nicht gedoppelt werden müssen, auf Mitwirkungs- und Zustimmungspflichten von vielen Gebietskörperschaften, auf vorhandene Finanzierungs-Spielräume und Lehrpersonal-Verfügbarkeit und -Entwicklung, personelle Kapazitäten und Kompetenzen für ein umfassendes Veränderungsmanagement im Rahmen eines flächendeckenden Groß-Projekts, usw..

Angesichts der mir näherungsweise bekannten Rahmenbedingungen glaube ich, dass mit „Realschule plus“ ein erträglicher Kompromiss mit Verbesserungen gegenüber dem heutigen Zustand gefunden wurde, der wie alle Kompromisse natürlich auch mit Enttäuschungen von Erwartungen einzelner verbunden ist.

Durch die gemeinsame 2-jährige Orientierungsstufe mit der beabsichtigten reduzierten Klassenmesszahl werden die Möglichkeiten verbessert, die Fähigkeiten und Begabungen des einzelnen Schülers eingehender zu fördern und treffender zu beurteilen, sodass die darauffolgende Sortierung (wenn es denn schon eine solche geben muss) eine verbesserte Trefferquote haben wird. Die Trefferquote wird auch allein schon davon profitieren, dass die Sortierungs-Entscheidungen mit derartigem Endgültigkeits-Charakter in unserem System von 3 nicht effektiv kommunizierenden Röhren erst im Alter von 12 Jahren und nicht schon im zarten Alter von 10 (wo Kompetenz-Potential noch nicht endgültig festgelegt ist) getroffen werden müssen.

Die nächste logische Weiterentwicklung wäre dann eine generelle gemeinsame 2-jährige Orientierungsstufe (ohne Vorabsortierung) für alle Schüler, am besten während der letzten beiden Jahre einer 6-jährigen Grundschulzeit.

Des Weiteren verfolgt das Projekt „Keiner ohne Abschluß“ begrüßenswerte Ziele, angesichts einer Hauptschul-Abbrecherquote von nahe 10%. Die Kosten dieses Projekts dürften vermutlich nur einen verschwindend geringen Bruchteil der späteren alternativ anfallenden nachhaltigen Arbeitslosigkeits-Unterstützung der betroffenen Jugendlichen ausmachen. Der Erfolg dieser experimentellen Maßnahme wird im wesentlichen von der Qualität der Umsetzung abhängen.

Auch die Möglichkeit zur optionalen Fachhochschulreife für „Spätstarter“-in ausgewählten Realschulen Plus ist ein ebenso sinnvoller wie dringend notwendiger Schritt.: Es ersetzt das Sackgassen-Urteil der bisherigen Hauptschule. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Weiterbildung dann nicht besser in der Berufsbildenden Schule stattfinden sollte.

Was aus Sicht der betroffenen Eltern in den kommenden 5 Jahren jedoch ein unbedingtes Erfordernis sein wird, ist die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsfindung und der Abläufe der einzelnen Umstellungsprozesse vor Ort. Dies erfordert ein hohes Maß an Kommunikation und Kundenorientierung auf allen Ebenen der involvierten Gebietskörperschaften, MBWJK, ADD und Schulleitungen.

Und nebenbei: Ganz unterschwellig gab es jenseits von „Realschule-plus“ in den ministeriellen Präsentationen auch noch ein weiteres, von der Öffentlichkeit kaum registriertes Signal, das ich bemerkenswert finde. Haben Sie's mitbekommen? :

Die (optionale) Integrierte Gesamtschule ist nunmehr fester Bestandteil des Bildungshauptstroms geworden.und es tut sich doch etwas!....

Michael Esser, Landeselternsprecher

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Michael Esser (verantw.)

Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 061 31- 16 29 26
Fax 061 31- 16 29 27
<http://leb.bildung-rp.de>
Email: leb@mbwjk.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleiternbeiräten über die Schulleitungen zugestellt. Auflage: 32.000 Stück
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 11.04.2008

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Michael Esser, Wasserhohl 33,
67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322-958170
Email: michael.esser.duew@t-online.de

Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwgg@t-online.de

Ralf Quirbach, Lindenallee 18,
56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993
Email: ralf.quirbach@gmx.de

Beisitzer

Wolfgang Harsch , Mathias Kleine,
Rudolf Merod, Dr. Volker Schliephake,
Christa Schweitzer-Weiland

Regionalelternsprecher

Koblenz

Andrea Held, Malteserstr. 12,
55566 Bad Sobernheim, Tel.: 06751-6500
Email: mail@held-andrea.de

Neustadt

Bernd Lohrum, Blumenstr. 25,
66482 Zweibrücken, Tel.: 06332-12727
E-mail: bernd@lohrum.net

Trier

Miriam Lörz, Geschwister-Scholl-Str. 7
54295 Trier, Tel.: 0651-170 72 81
Email: mi-ge-lo@t-online.de

Schulstruktur reformiert - und jetzt?

Auf dem Landeselterntag 2007 in Trier stellte Bildungsministerin Doris Ahnen den anwesenden Eltern erstmals das neue Konzept der Landesregierung zur zukünftigen Schulstruktur in Rheinland-Pfalz vor. Für das Schuljahr 2013/14 geplant, sorgen die zukünftigen Veränderungen schon heute für Unruhe bei vielen Eltern, Schülern und Lehrern. Die Entscheidung für eine Auflösung der Hauptschule und die Neugründung sogenannter Realschulen Plus werden die rheinland-pfälzische Schullandschaft nachhaltig verändern.

In Zeiten der Veränderung ist der Kommunikationsbedarf

bekanntermaßen besonders hoch.

Gerade wenn nicht schon jedes Detail festgezurr ist, stellen sich den Beteiligten viele Fragen. Der Arbeitskreis Schulstruktur des 14. Landeselternbeirates hat sich deshalb bei Fachleuten aus dem Referat „Weiterentwicklung der Schulstruktur“ im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium kundig gemacht und beantwortet einige der häufig auftretenden Fragen.

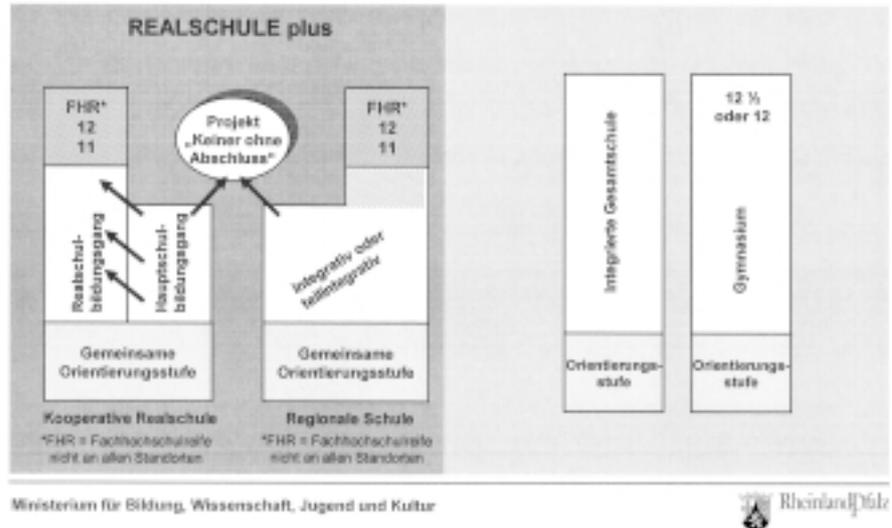
Was geschieht mit den vorhandenen gemeinsamen Orientierungsstufen von Gymnasien und Realschulen? Bestehende gemeinsame Orientierungsstufen zwischen Realschule und Gymnasium sollen bestehen bleiben. Dies ist ausdrücklicher Wunsch der Ministerin. Sie werden um Hauptschüler erweitert und für sie gilt ebenfalls die Klassenmesszahl von 25.

Für welche Schularten gilt die Klassenmesszahl 25?

Für alle Schularten, die im Rahmen der Strukturänderung eine gemeinsame Orientierungsstufe haben, außer für Regionale Schulen in der Übergangsphase. In Orientierungsstufen von Integrierten Gesamtschulen gilt - auch in neu errichteten - die übliche Klassenmesszahl von 30.

Wie sind die zeitlichen Vorgaben gemeint?

Die Umsetzung des Strukturkonzeptes ist in 2 Phasen vorgesehen: In Phase 1 bis 2012/13 ist die Umsetzung freiwillig, nur beim Unterschreiten von Mindestgrößen kommt es schon vorher zu verpflichtenden Zusammenlegungen von Haupt- und Realschulen. Ab Schuljahr 2013/14 gelten die Vorgaben des Konzeptes verpflichtend.



Wer wird Schulträger?

Die Frage der Schulträgerschaft wird im Zusammenhang der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform entschieden.

Gibt es eine Elternmitwirkung bei der Umsetzung der Schulstrukturreform?

Nach § 90 des Schulgesetzes sollten Eltern im Schulträgerausschuss mitarbeiten. Hier ist die Frage, in wie weit Elternvertreter in den Landkreisen und kreisfreien Städten eingebunden sind. Zumal diese Ebene für die Schulentwicklung zuständig und direkt vom Ministerium beauftragt wurde, Schulentwicklungspläne vorzulegen. Die erste Recherche ergab deutliche Unterschiede bei der Ausgestaltung der Elternmitwirkung in den Landkreisen. Hier scheint es dringenden Handlungsbedarf zu geben. Bei einem derart wichtigen Thema sind sowohl Schulen als auch Eltern, die nicht als Parteivertreter in Schulträgerausschüssen vertreten sind, in die Arbeit einzubinden.

Was passiert mit den Dualen Oberschulen?

Duale Oberschulen werden nur umbenannt, sie entsprechen der kooperativen Realschule plus.

Was passiert mit den Schulbezirksgrenzen?

Schulen, die in Realschulen plus umgewandelt werden, sind nicht an einen Schulbezirk gebunden. Spätestens ab 2013/14 sind alle Schulbezirksgrenzen im Sekundarbereich I aufgelöst.

Was geschieht mit den Schullaufbahneempfehlungen?

Derzeit werden noch dreigliedrige Schullaufbahneempfehlungen erteilt, eine entsprechende Anpassung an das neue Schulsystem ist in Arbeit.

Was geschieht mit vorhandenen Schulprofilen (Ganztagsschule; Schwerpunktschule) bei der Fusion?

Das Profil der Schwerpunktschule und/oder der Ganztagsschule wird mit in die neue Realschule plus eingebracht. Das bedeutet, die neue Realschule plus ist z. B. Schwerpunkt- bzw. Ganztagsschule.

Wie ist die Fahrtkostenregelung geplant?

Die Erstattung der Fahrtkosten in der Realschule plus wird noch geklärt, zwei Varianten an einer Schule sind aus Sicht des Ministeriums nicht vorstellbar.

§ 90 Schulgesetz: Schulträgerausschuss, hier: Elternmitwirkung

- (1) Die Schulträger bilden nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung zur Beratung bei den ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben einen Ausschuss (Schulträgerausschuss).
- (2) Dem Schulträgerausschuss sollen auch an den Schulen des Schulträgers tätige Lehrkräfte und gewählte Elternvertreterinnen und Elternvertreter angehören; dabei soll jede Schulart angemessen berücksichtigt werden. (...).

Fakt ist, dass den wenigsten Eltern bekannt ist, wer Ihre Schule im Schulträgerausschuss vertritt. Dies verwundert nicht allzu sehr, da anscheinend auch die „Nominierung“ und die Zusammensetzung des Schulträgerausschusses stark variiert. Wir fordern die Eltern auf, sich in Ihrem Landkreis nach den Elternvertretern im Schulträgerausschuss zu erkundigen. Ergebnisse werden gern gesammelt unter: mathias.kleine@web.de.

An welchen Schulen findet das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ statt?
Das 10. Schuljahr an der Realschule plus zur Erreichung des Hauptschulabschlusses wird an einigen Schulen erprobt. Nur wenn die Ergebnisse besser sind als die des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ), wird das Projekt in den Regelstatus übernommen.

Bedeutet dies, dass man die neunte Klasse wiederholen kann oder wird für schwächere Schüler der Stoff von Klasse 9 auf zwei Jahre gestreckt (inklusive Festigung der bisherigen Kenntnisse)? Welche Bedeutung hat dann noch das Berufgrundbildungsjahr? Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ findet in einem 10. Schuljahr im Hauptschulbildungsgang der Realschule plus statt. Es ist ein zusätzliches Angebot zum Erwerb des Hauptschulabschlusses für die Schülerinnen und Schüler, die nicht nach der 9. Klasse den Abschluss der Berufsreife erreicht haben. Die Bezeichnung „Projekt“ weist darauf hin, dass es kein flächendeckendes Angebot sein wird. Vielmehr ist „Keiner ohne Abschluss“ als Modellversuch mit der Fragestellung konzipiert, ob bestimmte Schülerinnen und Schüler über ein pädagogisches Angebot an allgemeinbildenden Schulen gleichwertig oder besser zum Schulabschluss geführt werden können als im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) an den berufsbildenden Schulen. Die 10. Klassen „Keiner ohne Abschluss“ sind damit weder eine Wiederholung des 9. Schuljahrs noch strecken sie die Lehrpläne des 9. Schuljahres auf zwei Jahre. Vielmehr sollen sie, orientiert an den arbeitsweltorientierten Klassen, berufsorientierende und allgemein bildende Inhalte verbinden. Da das Angebot „Keiner ohne Abschluss“ als Modellversuch zunächst nicht flächendeckend eingeführt wird, wird das BVJ wie bisher angeboten. Das Berufgrundbildungsjahr gibt es in Rheinland-Pfalz seit der Reform der berufsbildenden Schulen nicht mehr, es ist in der Berufsfachschule I aufgegangen. Die Berufsfachschule setzt jedoch, ebenso wie das frühere Berufgrundbildungsjahr, einen Schulabschluss voraus. Das BVJ wird dagegen von Schülerinnen und Schülern besucht, die nicht den Abschluss der Berufsreife erreicht haben, also zum Beispiel auch von Förderschülerinnen und Förderschülern mit dem Abschluss der besonderen Berufsreife.

Welche Realschule plus erhalten die Berechtigung bis zur Fachhochschulreife auszubilden? Die Fachhochschulreife an der Realschule plus soll organisatorisch im Schulverbund mit der Berufsoberschule durchgeführt werden. Die Lehrkräfte benötigen die Befähigung für die Sekundarstufe II. Die Zahl der Standorte soll sich am Bedarf orientieren. Die Fachoberschule wird frühestens 2011, nach dem ersten Durchlauf der Orientierungsstufe eingerichtet werden.

Sind die Lehrpläne für die Orientierungsstufe in Rheinland Pfalz z. Zt. für alle Schularten gleich?

In der Orientierungsstufe gelten in den allgemeinbildenden Schularten die gleichen Lehrpläne. (Dennoch ist davon auszugehen, dass sich die Lerninhalte vor allem in der Tiefe des Unterrichtsstoffes unterscheiden.)

Ist die Orientierungsstufe für das G8GTS (G8-Ganztagschule) kongruent mit der Orientierungsstufe Realschule plus?

Ja. Um dies zu gewährleisten, ist auch im G8GTS die Orientierungsstufe eine Ganztagschule in Angebotsform. Erst ab der 7. Klasse ist der Ganztagsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich.

Worin unterscheidet sich eine integrativ geführte Realschule plus von einer integrierten Gesamtschule (IGS) ohne gymnasiale Oberstufe?

Die Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 dient in allen Schularten der Erprobung, der Förderung sowie der Entscheidung über die geeignete Schullaufbahn eines Kindes nach der Klassenstufe 6. In schulartübergreifenden oder gemeinsamen Orientierungsstufen geschieht dies in der Regel durch innere Differenzierung der gegebenenfalls zusätzlich durch Unterrichtung in leistungsdifferenzierenden Kursen. Während die IGS in der Orientierungsstufe drei Bildungsgänge abbildet, wird die Realschule plus in ihrer gemeinsamen Orientierungsstufe Kinder des Realschul- und Hauptschulbildungsgangs unterrichten.

oder anders formuliert:

Auch diejenige IGS, die keine (jeweils 2. IGS an den Standorten MZ und KL) oder noch keine gymnasiale Oberstufe besitzt, weil sie sich im Aufbau befindet (derzeit noch Thaleschweiler-Fröschen) oder weil vom Schulträger noch kein Antrag auf Errichtung einer gymnasialen Oberstufe gestellt wurde (dieser Zustand wird gerade in Koblenz, Hamm und demnächst auch Horhausen beseitigt), prägt die drei Bildungsgänge (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) aus. Dies tut die Regionale Schule explizit und auch eine integrierte Realschule plus bislang nicht. Insofern ist es nicht korrekt, von der Regionalen Schule oder der integrativen Realschule plus als einer „kleinen IGS“ zu sprechen.

Gibt es Unterschiede beim Landeszuschuss für den Bau einer IGS und einer Realschule plus?

IGS und die Realschule plus unterscheiden sich im Raumbedarf (es gelten unterschiedliche „Rahmenraumprogramme“). Die Bewilligungsvoraussetzungen und insbesondere die Förderhöhe sind jedoch für alle Schulbaumaßnahmen gleich geregelt. Danach richtet sich die Höhe des Fördersatzes nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Schulträgers (Regelsatz ist 60 % der zwendungsfähigen Kosten) und dem besonderen Landesinteresse an der Maßnahme, das aber nicht von den Schularten, sondern vom Einzelfall abhängig ist, so dass sich auch hieraus keine Unterscheidungen ergeben dürften.

Auszug aus dem Schreiben von Ministerin Ahnen an die Eltern:

Sehr geehrte Eltern,

„ (...)

Gerade wenn Sie in diesen Tagen vor der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn Ihres Kindes stehen, möchte ich Sie auf folgende Punkte hinweisen:

- * Wie Sie wissen, entscheiden in Rheinland-Pfalz die Eltern über die weitere Schullaufbahn ihres Kindes. Ich möchte Sie aber herzlich darum bitten, die Empfehlungen der Grundschulen und die Beratungsangebote von Grundschulen und weiterführenden Schulen für eine gute Entscheidungsfindung zu nutzen.*
- * Das neue Konzept der Schulstruktur ist erst zur schrittweisen Umsetzung ab dem Schuljahr 2009/10 vorgesehen. Es sieht vor, dass bei der Errichtung der neuen Realschule plus alle Schülerinnen und Schüler der vorherigen Haupt- und Realschulen in die neue Realschule plus wechseln. Die Schülerinnen und Schüler verbleiben dabei in dem Bildungsgang, für den sie ursprünglich angemeldet waren.*
- * Kinder, die jetzt für eine Realschule angemeldet werden, werden diesen Bildungsgang unabhängig von einer späteren Umwandlung in eine Realschule plus in abschlussbezogenen Klassen besuchen.*
- * Schülerinnen und Schüler, die jetzt für den Bildungsgang zur Erlangung der Qualifikation der Berufsreife an einer Hauptschule angemeldet werden, profitieren nach der Überführung in eine Realschule plus von der größeren Durchlässigkeit nach oben, ohne auf die bewährten Angebote zur Berufsorientierung verzichten zu müssen. Die hervorragende Arbeit an den rheinland-pfälzischen Hauptschulen, die vielen Jugendlichen durch ihre berufsvorbereitenden Maßnahmen eine Ausbildungs- und Lebensperspektive gibt, wird fortgesetzt.*

Sie können also Ihre Schulwahlentscheidung so treffen, wie Sie es auch ohne die Weiterentwicklung der Schulstruktur getan hätten.

Mir ist von besonderer Bedeutung, dass auch bei der jetzt anstehenden Schulwahlentscheidung immer das Wohl des einzelnen Kindes und der Blick auf seine Fähigkeiten und Talente im Vordergrund stehen sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Ahnen“

Wie lautet die Formel zur Berechnung der Lehrerstundenzuweisung der Realschule plus?

Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dieser Frage, die Formel(n) sind noch nicht festgelegt.

Was sollen wir als Eltern von Grundschulern nur tun?

Es klingt zwar sehr einfach, ist aber dennoch die einzige angemessene Reaktion:

Ruhe bewahren!

Beachten Sie hierzu auch den Schaukasten auf der Seite 4!

Und aus Sicht der aktiven Elternvertreter: Erkundigen Sie sich über die unterschiedlichen Angebote sehr genau. Es ist nicht wichtig, was auf der Schule steht, sondern wie darin gearbeitet wird.

Eine der großen noch nicht wirklich geklärten Fragen ist die der Elternmitwirkung in diesem Prozess. Elternmitwirkung, die ge-

setzlich verankert und im Lande gleichwertig verteilt ist.

Weitere Fragen und Antworten zur Schulstrukturreform finden Sie unter:
<http://schulstrukturentwicklung.rlp.de>

*Mathias Kleine, Sprecher des Arbeitskreises
Schulentwicklung des 14. LEB*

Was ist eigentlich?

Eine Kooperative Realschule

Die Kooperative Realschule ist eine Form der Realschule plus. Sowohl Schülerinnen und Schüler, die einen Mittleren Schulabschluss anstreben, als auch solche, die den Abschluss der Berufsreife (früher Hauptschulabschluss) anstreben, werden während der Orientierungsstufe (5. und 6. Klassenstufe) gemeinsam, ohne äußere Differenzierung (außer im Wahlpflichtbereich) unterrichtet. Ab Klassenstufe 7 werden die Schülerinnen und Schüler getrennt in abschlussbezogenen Klassen unterrichtet. Ein Realschulbildungsgang und ein Bildungsgang Berufsreife laufen getrennt nebeneinander her. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen soll gefördert werden.

Wie die Einstufung nach der Orientierungsstufe erfolgt, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich wird die derzeitige Regelung für die Regionalen Schulen übernommen.

Eine Regionale Schule

Die Regionale Schule ist seit dem 1. Februar 1997 Regelschule. Sie umfasst die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule. In der Regionalen Schule unterrichten deshalb Haupt- und Realschullehrkräfte.

Der Unterricht in der Orientierungsstufe (Klassenstufe 5/6) greift Methoden des Grundschulunterrichts auf und ermöglicht die individuelle Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers z.B. durch Kleingruppenarbeit und Binnendifferenzierung.

In den Klassenstufen 7-10 kommt die Leistungsdifferenzierung hinzu:

- in Form einer Fachleistungsdifferenzierung nach Kursen in bestimmten Fächern oder
- in Form abschlussbezogener Klassen (Anspruchsebene Hauptschule und Anspruchsebene Realschule) oder
- in einer Mischform, nämlich zunächst als Fachleistungsdifferenzierung und später durch Bildung abschlussbezogener Klassen.

Bei der Fachleistungsdifferenzierung wer-

den in den Klassenstufen 7-9 Kurse auf zwei Anspruchsebenen eingerichtet, und zwar

- ab der Klassenstufe 7 in Englisch und Mathematik,
- in der Regel ab der Klassenstufe 8 in Deutsch und
- in der Regel ab der Klassenstufe 9 in mindestens einem der Fächer Physik und Chemie.

Die Klassenstufe 10 besteht aus einer abschlussbezogenen Klasse auf der Anspruchsebene der Realschule.

Als Variante der Realschule plus wird die Leistungsdifferenzierung in der Regionalen Schule in Form einer Fachleistungsdifferenzierung nach Kursen in bestimmten Fächern erfolgen (integrativ) oder als Mischform, nämlich zunächst als Fachleistungsdifferenzierung und später durch die Bildung abschlussbezogener Kurse (teilintegrativ).

Die Form der Leistungsdifferenzierung in abschlussbezogenen Klassen ab Klassenstufe 7 ist hier mit der Kooperativen Realschule gleichzusetzen.

Eine Duale Oberschule

Die Duale Oberschule ist seit dem Schuljahr 2006/07 Regelschule als besondere Form der Regionalen Schule, nachdem sie 10 Jahre als Modellversuch erprobt wurde. Sie umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. Die Klassenstufen 7 bis 10 sind in zwei Profilstufen gegliedert, die sich an dem Bildungsgang der Hauptschule bzw. der Realschule orientieren. Ein Wechsel zwischen den Profilstufen ist jeweils zum Schulhalbjahr möglich.

Die Duale Oberschule verknüpft allgemeine und berufliche Bildung miteinander und arbeitet dabei eng mit benachbarten berufsbildenden Schulen zusammen. Sie bereitet intensiv auf die Berufswahl vor u. a. durch Arbeitsplatzbesichtigungen, Schnupperpraktika und zwei Berufspraktika in den Klassenstufen 8 und 9.

Die Duale Oberstufe entspricht der Kooperativen Realschule mit einem besonderen Profil.

Leistungsdifferenzierung

In Klassen integrativer Schularten werden Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Leistungsstärke unterrichtet. Wenn man sie in einzelnen Fächern in Gruppen mit ähnlichen Leistungen zusammenfasst, also in Hauptschulen A und B-Kurse bildet oder in Integrierten Gesamtschulen Grund- und Erweiterungskurse oder in der Regionalen Schulen Hauptschul- und Realschul-Kurse, so ist dies eine Form der äußeren Fachleistungsdifferenzierung.

Neigungsdifferenzierung

Die Neigungsdifferenzierung umfasst die Wahlpflichtfächer und freiwillige Unterrichtsveranstaltungen. Insbesondere der Wahlpflichtbereich ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine fachliche Schwerpunktsetzung entsprechend ihren Begabungen, Neigungen und Interessen.

äußere Differenzierung

Von äußerer Differenzierung spricht man, wenn die gebildeten Gruppen räumlich getrennt voneinander unterrichtet werden.

innere Differenzierung oder Binnendifferenzierung

Von innerer Differenzierung oder Binnendifferenzierung spricht man dagegen, wenn unterschiedlich leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zwar verschiedene Aufgaben bekommen und/oder unterschiedliche Lernziele anstreben, aber innerhalb des gleichen Klassenraums unterrichtet werden. Dies ist, wie jede Form der individuellen Förderung, nur mit neuen Unterrichtsmethoden wie z. B. Freiarbeit, Wochenplanarbeit oder Stationenlernen möglich.

Das 2. Elternforum

Die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus verbessern

Gespräche auf Augenhöhe – Das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch

Ein Arbeitsschwerpunkt des Landeselternbeirats. Wichtig – schwierig – aber nicht unmöglich!

Schon beim ersten Elternforum 2005 drehte sich alles um die „Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule in PISA-Zeiten“. Am 01. Dezember 2007 rückten die Veranstalter, das Thema unter dem Titel „Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus verbessern“ wieder in den Mittelpunkt. Etwa 120 Eltern und Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz zeigten Interesse und wurden mit einem informativen und unterhaltsamen Programm belohnt.

Die gemeinsame Organisation des Elternforums leisteten wieder das Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung (IFB) mit seinen beiden Mitarbeiterinnen Christa Leuk-Saile, die auch die Tagesmoderation übernahm, und - hinter den Kulissen - Andrea Pogrzeba sowie der Landeselternbeirat (LEB) mit Gabriele Weindel-Güdemann. In einem ersten Block begrüßte die Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK) Vera Reiß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Frau Lotze-Dombrowski, die die Moderatorin zutreffend blumig als die „ministeriable Inkarnation der Elternfortbildung“ präsentierte, informierte über neue, interessante Entwicklungen aus dem MBWJK und Gabriele Weindel-Güdemann präsentierte in einem Kurzreferat das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch (LSEG). Darauf folgten die beiden Hauptreferenten des Tages, Dr. Reinhold Müller und Christine Schrodin, und der Ausklang eines informativen, arbeitsreichen Seminartages.

Gelingende Kommunikation zwischen LEB und MBWJK

In Vertretung von Ministerin Doris Ahnen begrüßte Staatssekretärin Vera Reiß die Anwesenden. Sie betonte in ihrer aussagestarken Rede den Stellenwert einer gelingenden Kommunikation zwischen Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und Schule als Grundlage einer kooperativen Zusammenarbeit für das gemeinsame Ziel: eine gute schulische Bildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen. Als geeignetes Instrument hob Staatssekretärin Reiß das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch hervor: ein in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium und dem Landeselternbeirat entstandenes Konzept, das man getrost als ein Beispiel gelingender Kommunikation zwischen Elternschaft und Politik werten kann.

Dieser enger gewordene Austausch lässt sich auch an der neu eingerichteten Koordinationsstelle für Elternarbeit im MBWJK ablesen. Federführend dafür zeichnet Jutta Lotze-Dombrowski, die u. a. das neue Elternportal des Bildungsservers vorstellte. Dort



Gabriele Weindel-Güdemann stellt das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch vor

finden interessierte Eltern und Schulleitungen z. B. das bisher zwar begrenzte aber dennoch lobenswerte und neue Angebot des Ministeriums, schuleigene Elternfortbildungsveranstaltungen finanziell zu unterstützen. Förderwürdige Projekte müssen die Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus inhaltlich behandeln.

Das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch: mehrperspektivisch, strukturiert, zielorientiert

Als praktischen Einstieg in den Tag skizzierte Gabriele Weindel-Güdemann die Grundlagen des Lehrer-Schüler-Eltern-Gesprächs (LSEG). Im Gegensatz zum LSEG bieten die schulüblichen Gespräche meist eine ganze Menge Konfliktpotenzial. Zu häufig drehen diese sich um Defizite: auf Schüler aber auch auf Lehrerseite. Das macht den Beteiligten Angst. Bestenfalls enden sie mit einer Übereinkunft, die oft einen Betroffenen – meist die Schülerin oder den Schüler – mit einem ganzen Paket an Änderungswünschen oder gar -forderungen zurück lässt.

Im Gegensatz dazu soll das LSEG regelmäßig durchgeführt werden – regelmäßig wie

die Zeugnisvergabe, nur ohne deren mögliche „bedrückenden Nebenwirkungen“. Es ist nicht Anlass bezogen und deshalb konfliktarm. Durch Vorbereitungsbögen ist es transparent – jeder weiß, über was gesprochen werden soll – und strukturiert. Es kann sich ein Gespräch „auf Augenhöhe“, zwischen gleichberechtigten Partnern entwickeln. Damit wird es zum Baustein für eine vertrauensvolle Kommunikation und gleichzeitig zum Einstieg in eine dringend notwendige Feedback-Kultur. Die derzeit geführte Diskussion über Internetplattformen wie „spickmich.de“ spricht Bände über die - nicht nur von Schülerinnen und Schülern empfundenen - Gesprächskultur-Defizite an Schulen.

Das LSEG verpflichtet aber auch alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf gemeinsam festgelegte Ziele und hält diese in einem übersichtlichen und knapp formulierten Zielvereinbarungsbogen fest. Nach mehreren Gesprächen erhalten Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Lehrkräfte einen Eindruck von deren ganzheitlicher Entwicklung. Das LSEG will die Lernenden beim selbstverantwortlichen Arbeiten unterstützen und Schülerleistungen stabilisieren. Risikoreiche Gesprächsanlässe werden deshalb deutlich seltener im Mittelpunkt stehen. Die Kommunikation zwischen den Beteiligten wird auf eine belastbarere Grundlage gestellt. Das Angstpotential wird sinken.

Es leuchtet ein, dass diese Mammutaufgabe nicht von heute auf morgen, quasi „nebenbei“ erledigt werden kann. Alle Beteiligten müssen ins Boot geholt werden und der Fortbildungsbedarf für dieses Thema dürfte auf allen Seiten riesig sein.

Offene Kommunikation und gegenseitige Wertschätzung

Vor der Mittagspause fesselte der erste Hauptreferent des Tages, Dr. Reinhold Müller die Anwesenden. Als Diplom-Pädagoge und Diplom-Theologe arbeitete als Grund- und Hauptschullehrer in Baden-Württemberg. Bereits seit 20 Jahren ist er in der Lehrerfortbildung tätig und gilt als anerkannter Schulperte, Schulentwickler sowie als Autor zahlreicher Bücher. Als Mann der Schulpraxis behandelte sein Vortrag oder besser seine „Vorführung“ den „Dialog auf Augenhöhe“. Sein Credo zum Thema Kommunikation lässt sich etwa so zusammenfassen: Eine offene Kommunikation mit gegen-

seitiger Wertschätzung und Verständnis für den Gesprächspartner ist dringend notwendig. Das gemeinsame Ziel muss die Förderung des anvertrauten Kindes bzw. Jugendlichen sein, ohne Überforderung der beteiligten Erwachsenen und unter Anerkennung der gegebenen Rahmenbedingungen. Auffällig ist seiner Meinung nach derzeit, dass Lehrkräfte und Eltern viel zu wenig miteinander reden, nämlich nur dann, wenn es bereits brennt.

Der Eisberg und der Untergang der Titanic oder: wie Kommunikation misslingt

Wie komplex Kommunikation sein kann, wie störanfällig und wie beladen mit für die Kommunikationspartner wechselseitig nicht erkennbaren Hintergrundinformationen und Vorbelastungen, veranschaulicht das Bild vom Eisberg. Nur 1/7 des Eisbergs ist für das Auge sichtbar, nämlich das Verhalten des Gesprächsteilnehmers und die bekannten Fakten. 6/7 aber – und die sind entscheidend – liegen unter der Oberfläche. Das sind z.B. Emotionen wie Wut, Neid, Ärger, Frustration, Hass, Kränkungen, Ohnmacht, Enttäuschung, Verletzung und Angst. Eine Tatsache, die schon der Titanic zum Verhängnis wurde aber nicht nur der...

Das folgende Zitat von G. Passagno fasst das Eisbergbild in knappe Worte:

„Zwischen dem, was ich denke, dem, was ich sagen will, dem, was ich zu sagen glaube, dem, was ich sage, dem, was Ihr hören wollt, dem, was Ihr hört, dem, was Ihr zu verstehen glaubt, dem, was Ihr verstehen wollt, dem, was Ihr versteht, gibt es mindestens neun Möglichkeiten, sich nicht zu verstehen.“

Sozial verträgliche Rückmeldungen

Schulen brauchen Rückmeldungen – sozial verträgliche Rückmeldungen. Eindringlich deutlich wurde diese Aussage durch Dr. Millers Schilderung eines Vermittlungsgesprächs. Eine Lehrerin bat ihn um Unterstützung bei einem sehr schwierigen Elterngespräch. Vorhergegangene Gespräche waren immer wieder eskaliert und gipfelten in Vorwürfen und Schuldzuweisungen des Vaters. Sie wollte zum Wohle des Sohns einen letzten Versuch wagen. Der betroffene Vater erhob dieselben Vorwürfe: die Lehrerin habe versagt, sein Sohn könne nicht so leistungsschwach sein u. ä. m. Durch geduldiges, emphatisches Nachfragen kam Dr. Miller der Wut des Vaters auf die Spur. Dahinter lag die verborgene Angst, dass seine Lebensplanung, nämlich der Sohn solle einmal die Anwaltskanzlei übernehmen, durch die momentanen schulischen Leistungen nicht haltbar war. Eine entsetzliche Enttäuschung und große Sorge für die Familie. Diese Angst offen zu legen, sie anzuerken-

Das Eisberg- Modell

Streitanlass
Konflikthanlass

Motive:

- persönliche
- familiäre
- gesellschaftliche
- politische
- kulturelle



nen und Verständnis dafür zu zeigen, ermöglichte eine systemverträglich Lösung, die alle Beteiligten mittragen konnten.

Dr. Miller wies darauf hin, dass das LSEG einen anderen, empfehlenswerten Weg geht. Denn nicht nur Eltern haben wenig Training in Gesprächssituationen auch Lehrerinnen und Lehrern fehlt diese Kompetenz allzu oft. Ihre Ausbildung ist immer noch zu fachorientiert. Doch nicht nur im gemeinsamen Defizit lassen sich Übereinstimmungen finden. Sein Appell richtet sich an alle, die mit Kindern und Jugendlichen Schule zu tun haben: „Viele Lehrer sind auch Eltern. Alle Eltern waren auch Schüler. Viele Schüler werden Eltern. Manche Schüler werden Lehrer. – Sollte es da keine Gemeinsamkeiten geben?“

BOBB an Hauptschulen

Auch die zweite Hauptreferentin des Tages, Christine Schrodin, brach eine Lanze für eine andere Art der Kommunikation. Sie ist Grund- und Hauptschullehrerin sowie Diplomspsychologin und arbeitet u. a. als Koordinatorin des bundesweiten Verbundprojekts „Startpunkt Schule – BOBB“ im PZ, Bad Kreuznach. Frau Schrodin schöpft aus jahrzehntelanger Erfahrung mit individueller Lernplanung und Förderung, arbeitet als Referentin in der Lehrerfortbildung und Schulberatung und hat im BOPP-Projekt konstruktive Gesprächsführung zu einem Bestandteil der Schulkultur werden lassen. Kurz gesagt befasst sich das BOBB-Projekt, das in Rheinland-Pfalz an 7 Projekthauptschulen durchgeführt wurde, mit dem Entwickeln von Bildungs- und Berufsbiographien von Schülerinnen und Schülern ab der 5. Klasse, frei nach dem Motto: „Jeder Mensch ist zu größeren Taten fähig, wenn er ein positives Bild von sich selbst hat.“ Schülerinnen und Schüler erkennen ihre Leistungsmög-

lichkeiten und lernen ihre nächsten Lernschritte darauf abzustimmen. Sie reflektieren ihre Lernfortschritte, ihre sozialen Kompetenzen und nehmen somit aktiv, planerisch ihre Lebensgestaltung in die eigenen Hände. Ziel von BOBB ist, die Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen und die Berufswahlkompetenz als Handlungskompetenz zu stärken, um so das Spektrum der möglichen Berufe zu erweitern.

„Ich kann ja mehr, als ich dachte?!“

Um dieses Ziel zu erreichen, hat BOBB einen wichtigen Schritt ermöglicht: die Veränderung von Beziehungen. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutet das: die Sozialkompetenzen einer ganzen Klasse werden durch die Einführung und Erprobung von Umgangsregeln gestärkt. Es werden Verabredungen darüber getroffen, wie man miteinander arbeitet und mit aufkeimenden Konflikten umgehen will. Das Kollegium gewichtet Lerninhalte anders – verstärkt unter dem Aspekt der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Dies schafft die unterrichtlichen Voraussetzungen für ein vertrauensvolleres Miteinander. Gleichzeitig wird viel Wert auf die Förderung von Gesprächskompetenzen gelegt. Teamarbeit und fächerverbindende Arbeit sind in den Mittelpunkt gerückt. Eltern werden als wichtige Partner aus der Arbeitswelt und als Verbündete für die Lernentwicklung ihrer Kinder wertgeschätzt und eingebunden. Sie kennen die Anforderungen des Berufsalltags, die Ansprüche der Unternehmen an die Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren geforderte Anpassungsbereitschaft und die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens.

Aufnahmeverfahren an Gymnasien

In den letzten Jahren erfreuten sich die Gymnasien steigender Anmeldezahlen. Der Rückgang der Schülerzahlen mag sich in anderen Schularten auswirken, nicht aber im Gymnasium. Eltern wollen für ihre Kinder den best möglichen Schulabschluss, um ihnen gute Voraussetzungen für das spätere Leben mitzugeben. Da riskieren sie auch mal eine Überforderung und ignorieren die Schullaufbahnpflichtempfehlung der Grundschule. Die ist ja nicht verbindlich. Wer will schon die Weichen seiner Kinder im Alter von 10 Jahren zu zaghaft stellen?

All dies führt dazu, dass die Gymnasien vor allem in Ballungszentren immer mehr Eingangsklassen bilden (müssen) und buchstäblich aus allen Nähten platzen. Letztlich können die Gymnasien aber nicht unbegrenzt Schülerinnen und Schüler aufnehmen, sonst leidet die Qualität. Eine Aufnahmekapazität wird festgelegt und es kann vorkommen, dass angemeldete Kinder an einem bestimmten Gymnasium abgelehnt werden. Immer häufiger wird der Landeselternbeirat nach dem geltenden Aufnahmeverfahren befragt. Hier Auszüge aus einem Antwortschreiben des stellvertretenden Leiters der Gymnasialabteilung im Bildungsministerium Wolfgang Serfas :

1. Nach § 59 Abs. 1 Schulgesetz obliegt die Wahl der Schullaufbahn den Eltern. Die Eltern und die Schülerinnen und Schüler haben dabei gegenüber Grundschule wie weiterführender Schule einen Anspruch auf Beratung über die Schullaufbahn. Die Grundschule spricht für jedes Kind eine Empfehlung über die weitere Schullaufbahn aus. Dies dient den Eltern zur Orientierung; sie ist nicht verbindlich.

Eltern haben deshalb einen Anspruch auf einen Platz an einer Schule der gewählten Schulart. Sie haben „grundsätzlich“ weiter das Recht, eine konkrete Schule der Schuart zu wählen. Dies gilt allerdings nur, soweit die Kapazität der gewählten Schule dies zulässt. Ist diese erschöpft, besteht ein Anspruch auf eine Schule der gewählten Schulart in zumutbarer Entfernung. Dies ergibt sich aus § 93 Abs. 2 Schulgesetz.

Die Kapazität wird bestimmt durch die Zahl der angemeldeten Kinder, die Zahl

der Abgänger, die Zahl der Klassenräume und die Notwendigkeit, zu einer wirtschaftlichen Klassenbildung zu gelangen. Wirtschaftliche Klassenbildung bedeutet, Schülerzahlen von 61, 91, 121 etc. zu vermeiden. Denn die Überschreitung der Werte 60, 90 oder 120 Schülerinnen und Schüler führt jeweils zu einer erhöhten Stundenzuweisung.

2. Die Festlegung der Aufnahmekapazität trifft die Schulaufsicht im Benehmen mit dem Schulleiter und dem Schulträger. Zur Vorbereitung genügt in der Regel die schriftliche Meldung der Schule.
3. Bei eingeschränkter Kapazität einer Schule ist Hauptkriterium für die Entscheidung über die Aufnahme die räumliche Zuordnung, d. h. Nähe Wohnung / Schule nach Verkehrsbeziehung, die Unzumutbarkeit des Schulweges zu einer anderen Schule. Niemand darf also abgewiesen werden, für den ein anderer Schulweg unzumutbar ist.

Unter dieser Prämisse kann der Schulleiter, der gemäß § 10 Abs. 2 Übergreifende Schulordnung für die Aufnahme zuständig ist, Kriterien für eine Auswahl festlegen. Kriterien können sein, Härtefälle (z. B. Schwerbehinderte, Waisen, Krankheit, Geschwisterkinder) sowie weitere Kriterien wie z. B. Sprachfolge, Wunsch nach Ganztagsangebot, bilinguales Angebot, musischer Schwerpunkt. Einen abschließenden Katalog gibt es nicht.

4. Die Eltern haben Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung durch den Schulleiter. Gegen die Entscheidung der Schule, eine Schülerin oder einen Schüler nicht aufzunehmen, ist ein Widerspruch möglich. Dieser ist grundsätzlich bei der Schule einzulegen. Hilft die Schule dem Widerspruch nicht ab, entscheidet die Schulaufsicht, ob ein Ermessensfehler vorliegt oder nicht. Gegen die Entscheidung der Schulaufsicht ist Klage beim Verwaltungsgericht möglich. Auch das Gericht prüft lediglich, ob Ermessensfehler vorliegen. Den Schulen bleibt letztendlich im Rahmen des Ermessens ein Spielraum. Die Klage hat sich gegen das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den jeweiligen Schulleiter, zu richten.

Neue Stundentafel in der Sekundarstufe I

Ab nächstem Schuljahr wird in der Orientierungsstufe aller Schularten die Stundenzahl von 28 auf 30 Wochenstunden erhöht. Für das Fach „Naturwissenschaften“ sind in den Klassen 5 und 6 zusammen sieben Wochenstunden vorgesehen. Auch in den Klassenstufen 7 – 10 erhalten die Fächer Biologie, Chemie und Physik mehr Gewicht. Die zweite Pflichtfremdsprache im Gymnasium bzw. die Wahlpflichtfächer in den anderen Sekundarschulen beginnen in Zukunft bereits in Klassenstufe 6 statt wie bisher in Klassenstufe 7. Der Wahlpflichtbereich umfasst eine zweite Fremdsprache ebenso wie naturwissenschaftlich-technische, künstlerische und gesellschaftswissenschaftliche Angebote. Er wird erweitert durch das Fach „Praxis in der Schule“, mit dem in den Dualen Oberschulen gute Erfahrungen gemacht wurden. Der Wahlpflichtbereich ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine fachliche Schwerpunktsetzung entsprechend ihren Begabungen, Neigungen und Interessen. Die Stundensumme für diesen Bereich wird auf 18 Stunden erhöht.

Im Wahlpflichtfach „Sprachen“ kann in der Hauptschule eine Fremdsprache, die Herkunftssprache oder Deutsch als Zweitsprache angeboten werden. Und die Stundenzahl im Fach Englisch wird erhöht.

Ganz allgemein gibt die Stundentafel einen zeitlichen Rahmen für den Umfang des Unterrichts in den einzelnen Fächern für die Sekundarstufe I. Die Stundenansätze für die Klassenstufen 5 und 6 sowie für die Klassenstufe 7 bis 9/10 sind zusammengefasst (Kontingentsstundentafel). Innerhalb dieses Rahmens legen die Schulen - im Benehmen mit dem Schulelternbeirat! - in eigener Verantwortung die Verteilung der Wochenstunden auf die einzelnen Fächer oder Fachbereiche und Klassenstufen fest.

Das Neue auf einen Blick

- 2 Stunden Unterricht mehr in Klasse 5 und Klasse 6 für alle Schülerinnen und Schüler
- Mehr Unterricht in den Naturwissenschaften
- Beginn der Wahlpflichtfächer schon in Klasse 6
- Beginn der 2. Fremdsprache schon in Klasse 6
- Hauptschule: neuer Wahlpflichtbereich und mehr Stunden für Englisch
- Zusammenfassung der Stundenansätze für die Klassenstufen 5-6 und 7-9/10

Die Erhöhung der Stundenzahl in der Orientierungsstufe und die Ausweitung des naturwissenschaftlichen Unterrichts wurden sowohl von den Verbänden als auch von den

Eltern begrüßt. Das Vorziehen der 2. Fremdsprache und des Wahlpflichtfaches von der 7. auf die 6. Klassenstufe löste dagegen Sorge und Skepsis aus. Möglicherweise sei die neue Stundentafel im Gymnasium im Hinblick auf eine achtjährige Schulzeit sinnvoll, aber schon für die weniger sprachbegabten Schülerinnen und Schüler könnte die 2. Fremdsprache schon in Klassenstufe 6 eine fatale Überforderung darstellen. Und ist es nach einem halben Jahr in der Realschule, der Regionalen Schule oder der Integrierten Gesamtschule nicht viel zu früh, die weit reichende Wahl zwischen einer 2. Fremdsprache oder einem anderen Wahlpflichtfach zu treffen? Beeinträchtigt dies nicht die Durchlässigkeit zwischen den Schularten am Ende der Orientierungsstufe?

„Nein!“, meint das Bildungsministerium unter der Rubrik „Häufige Fragen“ auf der Seite <http://schulrecht.bildung-rp.de/stundentafeln.html>. „Die Stundentafel räumt (...) ausdrücklich die Möglichkeit ein, das Wahlpflichtfach noch bis Ende der Klassenstufe 6 umzuwählen. Hiervon muss gegebenenfalls auch Gebrauch gemacht werden, um Schülerinnen und Schülern den Übergang in eine Realschul- oder Gymnasialklasse nach der Orientierungsstufe zu erleichtern.“

Beispiele:

- Eine/e Schüler/in in einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe wählt Französisch, um sich die Option für das Gymnasium offen zu halten. Im ersten Halbjahr stellt sich heraus, dass für dieses Kind die Realschule der bessere Weg sein wird. Dann sollte eine Umwahl des Wahlpflichtfaches ermöglicht werden – hin zu einem Wahlpflichtfach der Realschule.
- Ein/e Schüler/in wählt ein Wahlpflichtfach der Realschule. Im Verlauf der Klassenstufe 6 stellt sich jedoch heraus, dass diesem Kind der gymnasiale Bildungsgang zu empfehlen ist. Dann sollte eine Umwahl des Wahlpflichtfaches empfohlen werden – hin zu Französisch oder Latein.

Auch wenn ein/e Schüler/in während der gesamten Klassenstufe 6 keine Fremdsprache als Wahlpflichtfach belegt hat, darf ihm/ihr deshalb nicht der Eintritt in den gymnasialen Bildungsgang nach der Orientierungsstufe verwehrt werden. In solchen Einzelfällen sollte die am Gymnasium betroffene Lehrkraft das Kind entsprechend unterstützen, damit es in der 2. Fremdsprache auf den gleichen Stand wie die anderen kommt.

Unter der Rubrik „Häufige Fragen“ auf dem Portal „Rechtsgrundlagen“ des Bildungsservers (s. o.) finden Sie weitere Fragen und Antworten.

Der Landeselternbeirat drückte außerdem seine Hoffnung aus, dass die Ausweitung des naturwissenschaftlichen Unterrichts nicht durch den Mangel an entsprechenden Lehrkräften konterkariert wird.

Ich bin der Meinung Komma dass

wir nur *eine* Schule für unsere Kinder brauchen, *eine* Schule für *alle*!

Eine Schule, in der unsere Kinder so angenommen werden, wie sie sind und wie das Schulgesetz es fordert: individuell.

Ich glaube nicht, dass unsere Kinder genau in vier Gruppen aufzuteilen sind, als da wären:

HauptschülerInnen, RealschülerInnen, GymnasiastInnen, FörderschülerInnen.

Diese Aufteilung wird ihnen nicht gerecht. Und dasselbe denke ich von den entsprechenden Lehrern. Und wenn es diese Gruppen gibt, dann heißt es noch lange nicht, dass sie sich auf der entsprechenden Schule befinden. Die Schülerzahlen beweisen: Ein nicht kleiner Teil der Hauptschüler geht auf eine Realschule und mindestens derselbe Anteil der Realschüler geht auf ein Gymnasium. In keiner Schule ist das drin, was auf ihr draufsteht. Und wenn ich den Untersuchungen vertraue, die da einem hohen Anteil von Lehramtsanfängern bescheinigen, sie wären nicht im richtigen Beruf, dann trifft die Aussage in grausamster Form auch auf den Lehrereinhalt zu.

Denn wenn die Sortiererei richtig wäre, warum die verschwendete Zeit in der Grundschule? Warum nicht schon eine Schullaufbahneempfehlung nach dem letzten Kindergartenjahr? Wenn ich den Publikationen diverser Berufsvertretungen Glauben schenke, dann wäre das doch der richtige Ansatz.

Und wenn sie richtig wäre, dann dürften die integrativen Schulen und Gesamtschulen alle im Ansatz nicht funktionieren, bzw. schlechtere Schüler entlassen. Das Gegenteil ist der Fall.

In komplexen Strukturen macht der Mensch sich die Arbeit einfach, indem er versucht die krause Komplexität mit dem Bügeleisen des Sortierens für sich glatter zu gestalten. Sicherlich menschlich, aber werden wir damit unseren Kindern in ihrer Individualität gerecht? Mit Sicherheit nicht!

Wir haben eine existierende Schule für alle. Eine, die in allen Untersuchungen am besten abschneidet, von allen Beteiligten akzeptiert ist und in der unsere Kinder (bis zur Bekanntgabe der Laufbahneempfehlung) ihre schönste Schulzeit verbringen.

Gemeinsam sich gegenseitig akzeptierend und auch vom Anderssein der Anderen alle Kompetenzen lernend. Integrativ und binnendifferenziert muss und wird in der Regel pädagogisch gearbeitet: Die Grundschule. Die radikalste Form der Gemeinschaftsschule, ohne Elternwille und mit zugewiesenem Schulbezirk.



Mathias Kleine

Seit 30 Jahren werden die Ergebnisse der Erziehungswissenschaften und der Schulpädagogik beim Neubau von Schulstrukturen ignoriert. Die Erkenntnisse finden nur Eingang in bunten Parteiprogrammen, oder wie ganz aktuell in Hessen, in Oppositionsentwürfen.

Was bleibt uns als Eltern? Nun, da ist noch der freie Wille. Das rheinland-pfälzische Modell ähnelt doch sehr dem schleswig-holsteinischen. Und wie sieht es da im ersten Jahr aus: Starke Tendenz bei den Anmeldezahlen zu den Integrierten Gesamtschulen.

Doch machen wir uns nichts vor: Es ist nicht wichtig, was auf einer Schule draufsteht, wichtig ist, was in ihr passiert. Eine integrative Schule braucht für die Differenzierungsmaßnahmen entsprechende Bedingungen, Bedingungen zum Wohle unsere Kinder. Und da darf eben nicht das gebetsmühlenartig wiederholte „wir haben kein Geld“ kommen. Wir müssen genug Geld für unsere Kinder haben. Sie sind unsere Zukunft. Und Geld ist genug da, es ist nur eine Frage der Ausgabenpriorität.

Daher fordere ich: Keine Klasse mit mehr als 20 Kindern, das sind wir der individuellen Förderung schuldig. Beginnend bei den Grundschulen. Verpflichtende Lehrerfortbildung und deutlich mehr Praktika bei Lehramtsstudierenden.

Dann kann es eine Schule geben, in der drin ist, was auf ihr steht: Die Integrierte Gesamtschule.

Mathias Kleine

Veränderte Rollen – verbesserte Beziehungen

So ändern sich die Rollen von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern. Kinder und Jugendliche gestalten verantwortlich ihre eigenen Lernprozesse. Lehrerinnen und Lehrer werden Beobachter, Begleiter und Berater. Sie orientieren sich an deren Kompetenzen, nicht an ihren Defiziten. Potentiale werden unterstützt und somit besser ausgeschöpft. Es entwickelt sich eine partnerschaftliche Führung. Dies macht wertschätzende, realistische und konstruktive Rückmeldungen möglich. Eine Feedback-Kultur im besten Sinne, die von den



im Vordergrund von links nach rechts: Christine Schrodin, PZ, Ute Rodinger und Jutta Lotze-Dombrowski, MBWJK

Schülerinnen verstanden wird und zu neuen Lernvereinbarungen und Lernvorhaben führt.

Im BOBB-Projekt wurden Ziele erreicht, die nur langsam und geduldig umsetzbar sind. Wertschätzung und Vertrauen lassen sich nicht verordnen – sie wachsen und benötigen Zeit. Deshalb rät Frau Schrodin zu Geduld oder um mit Kurt Tucholsky zu sprechen: „Große Dinge reifen langsam!“ Den partnerschaftlichen Umgang miteinander müssen wir alle üben: Schülerinnen und Schüler untereinander, Lehrerinnen und Lehrer mit Schülerinnen und Schülern, Eltern mit Kindern und Jugendlichen und Eltern mit Lehrkräften. – An dieser Stelle sei noch einmal auf die die eingangs beschriebenen 9 Möglichkeiten sich miss zu verstehen hingewiesen.

Am Ende ihres Vortrags stand die Einsicht und die Forderung in ein Zitat von Seneca gekleidet: „Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht, sondern, weil wir sie nicht wagen, sind sie schwierig.“

Das „Gespräch auf Augenhöhe“ soll Praxis werden

In einer anschließenden Arbeitsphase hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Elternforums Gelegenheit, sich über die Frage auszutauschen: Wie lässt sich ein Dialog auf Augenhöhe an der eigenen Schule umsetzen? Dabei wurden folgende Schwerpunkte herausgearbeitet:

Viele Rückmeldungen stellten die Frage nach der Bereitschaft der Eltern auf der einen und der Lehrkräfte auf der anderen Seite das LSEG umzusetzen. Hier muss der unbestreitbare Nutzen für die Beteiligten deutlich gemacht werden.

- Ein weiterer Schwerpunkt befasste sich mit den fehlenden Kommunikationskompetenzen auf beiden Seiten und den daraus resultierenden Ängsten vor dem LSEG. Diese Thematik muss verstärkt in die Lehreraus- und -fortbildung sowie die Elternfortbildung aufgenommen werden.
- Auch mit den Rahmenbedingungen be-

fassten sich die Eltern, vor allem mit jenen, die einer Umsetzung des LSEG hinderlich sein können: wenig Zeit, zu große Klassen, Aufgabendichte und das Gefühl der Überforderung von Lehrkräften. Die Eltern waren der Meinung, dass diese Einwände ernst zu nehmen sind. Es überwog jedoch der Wunsch, das LSEG an den Schulen einzuführen.

Eine Expertenrunde mit der Zusammenfassung der wichtigsten Tagesergebnisse rundet das Elternforum ab: Wenn nicht Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen miteinander reden – wer dann? Eine neue Gesprächskultur, eine Rückmeldekultur, eine Unterstützungskultur für Schülerinnen und Schüler sind dringend notwendig. Unterrichtsliche Voraussetzungen müssen dazu grundgelegt werden. Wer kann dagegen sein, wenn diese neue Kommunikation einhergeht mit der gleichzeitigen Wertschätzung der Erwachsenen, die Erziehungs- und Bildungsarbeit leisten – den Eltern und den Lehrkräften? Wie einfach könnte Schule sein, würden wir uns alle danach richten?

Die Präsentationen der Referenten, den Leitfaden für das LSEG finden Sie auf der Homepage des Landeselternbeirats: <http://leb.bildung-rp.de>; Elternportal des MBWJK: <http://eltern.bildung-rp.de>; Homepage des BOBB-Projekts: <http://bobb.bildung-rp.de>

Gabriele Weindel-Güdemann

Verbesserung der Kommunikation Finanzielle Förderung von schuleigenen Eltern- fortbildungsangeboten

Auch im Jahr 2008 soll die Möglichkeit bestehen, Schulen bei der Organisation schuleigener Fortbildungsangebote mit einem Zuwendungsbetrag finanziell zu fördern, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Ziel der Veranstaltung: Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Eltern
- Gemeinsame Planung durch Lehrkräfte und Eltern
- Sicherung der Nachhaltigkeit durch Ausgreifen der Thematik im Schulalltag

Anfragen nach finanzieller Unterstützung können mit einer Kurzbeschreibung des Projekts und Angaben zur Kostenkalkulation an die Koordinationsstelle für Elternarbeit im MBWJK gerichtet werden:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Koordinationsstelle für Elternarbeit
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
E-Mail: elternarbeit@mbwjk.rlp.de

Auf der Homepage der Koordinationsstelle für Elternarbeit (<http://eltern.bildung-rp.de>) kann unter dem Stichwort „schuleigene Elternfortbildungsveranstaltungen“ ein Vordruck zur Beschreibung des Projekts mit gleichzeitiger Kostenkalkulation heruntergeladen werden.

Eine Liste möglicher Moderatorinnen und Moderatoren kann bei der Koordinationsstelle für Elternarbeit angefordert werden.

Ebenfalls auf der Homepage sollen unter dem Stichwort „Best – Practice - Beispiele“ Beschreibungen erfolgreicher Fortbildungskurse von Schulen zusammengestellt werden, die anderen Schulen als Anregung dienen könnten. Dokumentationen über geeignete Fortbildungsprojekte bitte an die Koordinationsstelle für Elternarbeit senden.

Schulen, die Fortbildungskurse mit der Thematik Medienkompetenz anbieten, können möglicherweise eine finanzielle Unterstützung aus Mitteln des Landesmedienzentrums erhalten. Info bei:

Geschäftsstelle „Medienkompetenz macht Schule“
Frau Gabriele Lonz, Hofstr. 257c, 56077 Koblenz
E-Mail: gabriele.lonz@lmz.rlp.de

Für Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Gewaltprävention könnte eine Förderung aus Mitteln der Abteilung 3 unseres Hauses in Betracht kommen. Info bei:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Referat 9323, Herr Frank Schnadthorst
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
E-Mail: Frank.Schnadthorst@mbwjk.rlp.de

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Umso wichtiger ist, dass die Eltern wissen, was die Kinder tun.



<http://www.medienkompetenz.bildung-rp.de>

Web 2.0, Youtube, spickmich.de, MySpace, Fishingmails, sharen, Nickname, Blog oder Second-Life – wie viele Eltern mag es wohl geben, die mit diesen Namen und Begriffen nichts anzufangen wissen. Wer hier einen Beratungsbedarf anmeldet, der frage einmal seinen Sohn oder wahlweise auch die Tochter. Im Gegensatz zu vielen Eltern sind Experten gar nicht mehr erstaunt darüber, welche Kenntnisse im Zusammenhang mit den neuen Technologien heute bereits Zehnjährige besitzen. Vielleicht können manche Kinder nicht zweifelsfrei die Begrifflichkeit erklären – was sich dahinter verbirgt, was man da tun kann (aber oft nicht darf!) wissen sie in der Regel aber sehr gut.

Unsere Kinder wachsen in einer medialen Wissensgesellschaft auf und wir Erwachsenen dürfen sie dabei nicht alleine lassen, müssen sie begleiten, unterweisen, überwachen und vor allem: schützen!

Online-Technologien lassen sich einfach bedienen, man muss sich aber der Risiken bewusst sein. Während viele Erwachsene in diesem Punkt „von Haus aus“ vorsichtig sind, gehen Kinder und Jugendliche – fasziniert von den Möglichkeiten, die das Internet und immer ausgereiftere Nutzungsmöglichkeiten des Handys bieten – damit deutlich sorgloser um.

Das Gefährdungspotential steigt dadurch natürlich: von Urheberrechtsverletzungen wegen verbotener Nutzung fremder Inhalte, über den neugierigen Umgang mit gewaltverherrlichenden oder pornografischen Bildern und Filmen bis zum obsessiven surfen wird alles das vorkommen können, was mir als Papa das letzte dunkle Haar ergrauen lässt.

Die Kinder jetzt vor dieser schönen neuen Welt und ihren unbegrenzten Möglichkeiten zu schützen, indem man das Handy durch das Haustelefon unserer eigenen Ju-

gend und den PC durch die „Fünf Freunde“- Bücher ersetzt, wird niemand wirklich wollen (schade eigentlich).

Unsere Zeit ist geprägt durch diese technologische Entwicklung, wir Eltern sollen und dürfen aber nicht die Augen verschließen, sondern unseren Teil dazu beitragen, unseren Nachwuchs mit Kompetenzen auszustatten, der ihm eine sichere Nutzung aller Medien ermöglicht.

Eine Schlüsselstellung in der Kompetenzvermittlung nimmt die Schule ein. Nicht nur, dass alle rheinland-pfälzischen Schulen einen Internetzugang haben, auch PCs sind – leider nicht überall in ausreichender Zahl – vorhanden. In den vergangenen Monaten wurde im Ministerium (in Zusammenarbeit auch mit dem LEB) eine Handreichung für die Medienbildung erarbeitet: „Medienkompetenz macht Schule“. Auch wenn in den vergangenen Jahren einige tausend Lehrer im Umgang mit den neuen Medien fortgebildet wurden, gibt es bei der praktischen Umsetzung leider oft noch Nachholbedarf, viel zu selten wird mancherorts noch der Computer in den Unterricht integriert. Elternvertreter sollten an dieser Stelle mit ihrer Schule ins Gespräch kommen. Im Zuge der Fortentwicklung des jeweiligen Quali-

tätsprogramms (hier: Unterrichtsentwicklung) können Vereinbarungen getroffen werden, wie die Förderung der Medienkompetenz im Unterricht umgesetzt werden kann.

Im Laufe des Jahres 2008 sollen landesweit an allen Schulen jeweils eine Lehrkraft zu Jugendmedienschutzberaterinnen und –beratern weitergebildet werden, die dann ihrerseits als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den einzelnen Schulen tätig werden.

Es wird eine Agentur für Elterninformationsabende geschaffen. Dazu wird auf dem Bildungsserver ein Elternportal eingerichtet, über das Referentinnen und Referenten von den Schulen bzw. den Schullehrernbeiräten „gebucht“ werden können. Hierfür wird ein Budget zur Verfügung gestellt.

Wichtige Informationen für Eltern (und Lehrer) liefern die Kooperationspartner dieses Programms, wie z. B. „klicksafe.de“ (Tipps und Ratschläge rund ums Internet), „netzcheckers.de“, „handysektor.de“ oder auch „jugendschutz.de“.

Alles weitere zur Medienbildung findet man auf dem Bildungsserver unter www.medienkompetenz.bildung-rp.de.

Zum Schluss sei noch auf das Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz verwiesen. Gleich zu Beginn findet man unter dem § 1 die Feststellung, dass die Schule den Auftrag hat, den Rechtsanspruch der jungen Menschen auf Förderung ihrer Anlagen und Erweiterung ihrer Fähigkeiten zu erfüllen. Und weiter im Absatz 2: „Sie (Anm.: die Schule) vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel.....die Orientierung in der modernen Welt zu ermöglichen“. Wir Eltern wollen die Einlösung dieses Anspruchs gerne kritisch begleiten.

Ralf Quirbach

Hinweis Eltern als Berufswahlbegleiter

Eltern sind die wichtigsten Ansprechpartner für ihre Kinder, wenn es um das Thema Studienwahl geht.

Aber bei rund 5.200 Studiengängen an deutschen Hochschulen ist es nicht leicht, den Überblick zu behalten. Hinzu kommen noch die betrieblichen und schulischen Ausbildungsberufe, aus denen die Abiturienten wählen können.

Mit dem Sonderheft „abi extra >> Eltern“ bietet die Bundesagentur für Arbeit Müttern und Vätern wertvolle Hintergrundinformationen und praktische Tipps. Erziehungsbeauftragte sollen in die Lage versetzt werden, die Interessen und Begabungen ihrer Sprösslinge zu erkennen und dieses Wissen auf den Prozess der Berufswahl zu übertragen. Unter www.abi.de kann man die Broschüre downloaden oder bestellen.

Gleichheit in der Vielfalt wahren

Erfahrungen aus meiner Schulzeit



Levent Ekici

Beim Rückblick auf Kindheit und Schuljahre frage ich mich, ob ich damals einfach Glück hatte oder ob die Zeiten im Vergleich zu heute wesentlich besser waren. Wie auch immer, ich hatte das Glück, in einer deutschen Umgebung aufzuwachsen, die mich respektierte und mir mit Wohlwollen begegnete. Das begann bereits im Vorschulalter. Als meine Eltern Mitte der 70er Jahre in eine kleine Wohnung nach Ludwigshafen-Maudach zogen, kamen die deutschen Nachbarn auf uns zu, befreundeten sich mit uns und nahmen mich praktisch in ihre Familie auf. Da hatten wir Glück, denn wie ich inzwischen weiß, wartet man in Deutschland gewöhnlich ab, bis der neue Mieter eingezogen ist und sich dann bei seinen Nachbarn meldet. In der Türkei ist es genau andersherum: Neuankömmlinge in einem Haus werden von den anderen Mietern begrüßt und erhalten deren Hilfe angeboten, kaum dass sie angekommen sind. Da meine Eltern mich nicht in den Kindergarten schickten, wuchs ich mit den drei Mädchen der Nachbarn auf und lernte mit ihnen deutsch. Sie machten mich mit den christlichen Feiertagen und den Unterschieden im Essen vertraut. Die Nachbarsfamilie besuchte uns zu unseren Feiertagen und lernte unsere Feste kennen.

Die Schulzeit begann für mich in der Gräfenau-Grundschule im Ludwigshafener Stadtteil Nord. Meine Eltern waren inzwischen nach Ludwigshafen-Oppau gezogen, die Wohnung in Maudach war nach der Geburt meines Bruders zu klein geworden. Da es in

der Gräfenau-Grundschule damals muttersprachlichen Unterricht für Kinder aus türkischen Familien gab, schickte mein Vater mich dorthin. Er wollte, dass ich türkisch lerne, denn er glaubte damals noch, er werde in absehbarer Zeit mit der Familie in die Türkei zurückkehren. Die türkischen Lehrer, die vom türkischen Kultusministerium geschickt waren, verstanden kaum deutsch. Da ich beide Sprachen beherrschte, wurde ich rasch zu ihrem Dolmetscher, worauf ich damals mächtig stolz war. Noch heute denke ich, dass dieser muttersprachliche Unterricht ein Schritt in die richtige Richtung war. Die Pflege der Zweisprachigkeit eines Kindes halte ich für etwas Positives. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, dass ein Kind, das ein Wort eher auf deutsch als in der Muttersprache lernt, dieses Wort in der Muttersprache nicht mehr sucht und so letztlich beide Sprachen nicht wirklich gut beherrscht. Der jetzige freiwillige Unterricht in türkischer Sprache ist meines Erachtens von nur geringerer Bedeutung für türkische Kinder.

In Oppau wurden wir zunächst nicht ganz so offen empfangen wie in Maudach. Zum ersten Mal hörte ich von anderen Kindern das Wort „Türke“ mit negativem Unterton, das kannte ich bis dahin nicht. Wir waren damals die erste Familie türkischer Herkunft in unserem Wohnblock. Wegen meiner guten Deutsch- und Allgemeinkenntnisse fand ich allerdings rasch Aufnahme in die Kindergruppe. Die Freundlichkeit meines Vaters bzw. meiner beiden Eltern trug ebenfalls dazu bei, gute Kontakte zu den deutschen Nachbarn herzustellen. Im Rückblick erscheint mir, dass unsere Integration erfolgreich war, weil hier nur wenige Familien aus der Türkei wohnten. Das hat sich seither grundlegend geändert, heute leben in dem Haus mit 30 Wohnungen nur noch drei deutsche Familien. Je mehr Migranten zusammen kommen, desto schwieriger wird deren Integration in die deutsche Gesellschaft.

Als sich abzeichnete, dass unsere Familie nicht in die Türkei zurückkehren würde, wollte mein Vater mir eine gute deutsche Ausbildung ermöglichen. So kam ich in die Grundschule nach Oppau, wo mich die Lehrerin mit großer Akzeptanz empfing; ich war der einzige türkische Junge in der Klasse. Als weitere türkische Kinder hinzukamen, erfuhren sie die gleiche freundliche Aufnahme. Später - im Schulzentrum Edigheim - gab es zwar gelegentlich Probleme mit Lehrern, weil ich anders als andere war. Doch grundsätzlich hatten wir damals klare Ver-

hältnisse und Vorgaben. Hausordnungen z.B. galten ohne Unterschied für alle in gleicher Weise. Wir wussten, was von uns verlangt wurde und woran wir uns zu orientieren hatten. Nach meiner Beobachtung ist das heute nicht mehr der Fall. Deutsche Lehrer haben Angst, als Ausländerfeind oder Rassist dargestellt zu werden. Daher behandeln sie die Kinder oft ungleich und greifen bei Migranten-Kindern weniger durch als bei deutschen. Oder sie bewerten Verhaltensweisen nichtdeutscher Jugendlicher schwerer als das entsprechende Verhalten der Deutschen.

Alle Kinder meiner Klasse mit einer Ausnahme konnten nach Abschluss der Hauptschule einen Beruf erlernen, ich konnte z.B. unter drei Ausbildungsverträgen wählen. Heute wird die oft schwierige soziale und berufliche Situation der Haupt- und Realschüler häufiger von negativen Kommentaren überschattet, etwa derart, Migranten-Kinder wollten ja nichts lernen. Oder Lehrer machen Unterschiede in der Empfehlung für eine weiterführende Schule, je nachdem, ob es sich um deutsche oder nichtdeutsche Kinder handelt. In der Berufsschule spielte die Herkunft keine Rolle. Die soziale Bewertung hing vom Arbeitgeber bzw. Ausbildungsbetrieb ab.

Seitdem meine Kinder zur Schule gehen, engagiere ich mich in der Elternarbeit. Wichtig ist für mich die Forderung nach Gleichbehandlung aller Schüler. Gleichheit unter Respekt der Vielfalt sollte Grundsatz jeder Schule sein; das heißt, alle Kinder haben einen Anspruch darauf, in ihren Leistungen und ihrem Verhalten gleich bewertet zu werden, unabhängig von Herkunft und Religion. Daneben sollten das gegenseitige Kennenlernen und der kulturelle Austausch bewusst gefördert werden. Manchmal schaffen bereits kleine Gesten des Respekts eine positive Atmosphäre, z.B. ein Glückwunsch des Lehrers zu einem hohen muslimischen Feiertag. Lehrer könnten Eltern auch mal einladen, wenn es etwas Positives über das Kind zu berichten gibt, oder einen positiven Vermerk in das Hausaufgabenheft schreiben. Integration, die nicht auf Assimilation hinauslaufen soll, heißt für mich: Beide Seiten, Deutsche und Migranten, gehen aufeinander zu und lernen voneinander; beide Seiten verändern sich.

Levent Ekici

Schulbusprobleme in der Region Trier

Die Tageszeitung „Trierischer Volksfreund“ hat in den vergangenen Wochen das Thema Schülerbeförderung aufgegriffen, intensiv beleuchtet und damit eine Flut von Leserbriefen hervorgerufen. Dies zeigt, dass man mit der Schülerbeförderung ein Thema angeschnitten hat, das viele Eltern betrifft und berührt. So ziemlich alle Eltern von „Buskindern“ sind mit der derzeitigen Situation unzufrieden und wünschen sich für ihre Kinder eine Verbesserung.

Im Rahmen dieser Zeitungskampagne hatte der Trierische Volksfreund zu einer Podiumsdiskussion nach Schweich-Issel aufgerufen. Der Einladung als Podiumsteilnehmer gefolgt waren Alexander Marcus, Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Mutterhauses Trier, Günther Schartz, Landrat des Kreises Trier-Saarburg, Franz-Josef Schmidt, Bereichsleiter Verkehr vom Landesbetrieb Mobilität, Herbert Fuss vom ADAC, die Geschäftsführerin vom Verkehrsverbund Region Trier Monika Zänglein sowie Miriam Lörz vom Regionälternbeirat Trier. Leider erschienen zu dieser Diskussionsrunde weitaus weniger Eltern als auf Grund des Leserbriefaufkommens zu erwarten gewesen wäre.

In diesem Forum und auch aus den Leserzuschriften ergaben sich immer wieder die Beschwerden, dass Busse überfüllt sind und Schüler an Haltestellen stehen bleiben, weil kein Platz mehr im Bus ist. Für viele Eltern ist es unverständlich, dass Kinder, die im privaten PKW nur angeschnallt und gegebenenfalls sogar nur mit Kindersitz mitfahren dürfen, in einem Bus ohne ausreichende Haltemöglichkeiten schwerbepackt im Flur stehen müssen. Beulen und Prellungen nach Bremsmanövern sind da sicher keine Seltenheit. Oder dass Busse mit überhöhter Geschwindigkeit (erlaubt sind 60 km/h mit stehenden Fahrgästen) fahren, um Fahrpläne einhalten zu können. Ein Extremfall wurde dabei sogar aufgegriffen, bei dem eine regelmäßige Fahrt mit stehenden Schülern über die Autobahn erfolgte.

Beanstandet wurde natürlich auch die oftmals zu lange Fahrzeit, manche Kinder müssen schon gegen 6.30 Uhr losfahren und kommen dann schon erschöpft in der Schule an. Fahrzeiten bis zu einer Stunde, das heißt also zwei Stunden Busfahrt täglich, sind keine Seltenheit. Dabei sind dies im ländlichen Raum oftmals Sammelfahrten über die Dörfer, die direkte Strecke wäre meist kürzer als 10 km.

Viele Probleme wurden in Schweich angesprochen, aber echte Lösungen erwartungsgemäß nicht gefunden. Dazu waren letztendlich auch nicht die richtigen Adressaten eingeladen. Landrat Schartz konnte jedoch zumindest mit einem vom Kreistag Trier-Saarburg frisch beschlossenen Fünf-Punkte-Plan aufwarten, der zur Verbesserung der Zustände in der Schülerbeförderung

beitragen soll. Eine Schwachstellen-Analyse soll hierbei insbesondere auch das Problem der langen Fahrzeiten überprüfen und zudem soll ein wirkungsvolles Beschwerde-Management in Angriff genommen werden. Bleibt zu hoffen, dass die anderen Landkreise diesem Beispiel folgen und diese Probleme ebenfalls näher beleuchten und Schwachpunkte nachbessern.



Die Schülerbeförderung ist ein Problem, das sich seit Auflösung der örtlichen Volksschulen wie ein roter Faden durch die Schullandschaft zieht und bis zum heutigen Tage leider nicht zufriedenstellend gelöst worden ist. Die Probleme in der Region Trier sind exemplarisch.

Zur Bewältigung dieser Problematik müssen wir allerdings vorab zwischen zwei Bereichen unterscheiden: Einmal die Nichteinhaltung rechtlicher Vorgaben und zum anderen die zu locker gefassten Vorgaben selbst.

Was die Nichteinhaltung von Vorschriften betrifft, da sind auch die Eltern gefordert. Verstöße müssen ganz konkret mit Details beanstandet werden, damit diese abgestellt werden können. Es reicht hier keinesfalls die pauschale Aussage, dass ein Missstand sehr oft auftritt. Um den Verantwortlichen effektiv die Möglichkeit zur Abhilfe zu geben, bedarf es konkreter Meldungen, also bei welchem Bus wann auf welcher Strecke welche Fehler beobachtet worden sind. Erfahrungen haben gezeigt, dass konkrete Beanstandungen von Missständen in der Regel auch zu einer Verbesserung geführt haben. Auf der Internetseite des Landeselternbeirates steht dazu ein entsprechender Meldebogen zum Download bereit. Die Elternvertretungen vor Ort sind zudem angehalten, dafür zu sorgen, dass diese Meldebogen möglichst auch in den Schulen bereitgehalten werden.

Ein anderes Problem sind aber die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards, die dringend angepasst werden müssen. Insofern ist das Land in der Pflicht, die notwendigen Gesetzesänderungen in die Wege zu leiten!

Der Landesausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich am 29.11.2007 auf Grund eines Antrages der FDP mit dem Thema

„Chaotische Verhältnisse in Schulbussen“ auseinandergesetzt. In einer äußerst kontroversen und emotional geführten Debatte kam man letztlich zu dem Ergebnis, dass die Behandlung dieses Problems vorrangig bei den Landkreisen angesiedelt sei und eine Sitzplatzgarantie angesichts der geschätzten Kosten von rund 50 Mio. Euro kaum finanzierbar sei.

Aus Sicht der Eltern müssen wir trotzdem weiterhin auf einer Sitzplatzgarantie bestehen. Nur so kann das bestehenden Gefahrenpotential vermindert werden und zudem auch eine entspanntere Atmosphäre in den Bussen erreicht werden. Dabei sind wir uns sehr wohl bewusst, dass das ein finanzielles Problem ist, welches die Kommunen alleine nicht packen können. Der Verweis seitens des Landesausschusses an die Landkreise ist insoweit insbesondere aus finanzieller Sicht unrealistisch und wenig zielorientiert. Hier ist eindeutig das Land gefordert, Prioritäten im Landshaushalt zu setzen und entsprechende Mittel für diese Pflichtaufgabe der Kommunen freizusetzen.

Aber 50 Millionen Euro? Ein erschreckend hoher Betrag! Auf den ersten Blick ja, aber man muss solche Zahlen immer in Relation sehen. Bedenkt man, dass beispielsweise allein die von T-Systems an die Bundesagentur für Arbeit gelieferte Software zur Berechnung des Arbeitslosengeldes II mit 48,2 Mio. Euro veranschlagt war, erscheint eine solche Zahl schon wieder in einem anderen Licht. Oder bleiben wir bei einem Beispiel im Landshaushalt: Die zu 100 % der öffentlichen Hand gehörende Nürburgring GmbH fährt jährlich Verluste in Millionenhöhe ein. Trotzdem will sich das Land mit weiteren 70 Mio. an einer Erlebnisregion Nürburgring beteiligen. Adäquate Einsparpotentiale sind also auf jeden Fall ausreichend vorhanden.

Aber selbst ohne diese Vergleiche halte ich die Aussage, dass die Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder nicht finanzierbar ist, für ganz dramatisch. Eine Familie mit 4 Kindern darf auch keines von ihnen im Kofferraum transportieren, nur weil kein Geld für ein größeres Auto vorhanden ist.

Rudolf Klein

Stellv. Sprecher REB Trier

Dank und Anerkennung

Mit der Überreichung einer Landesurkunde für langjähriges Engagement in der Elternvertretung an den Schulen von Rheinland-Pfalz sprechen die Bildungsministerin und der Landeselternsprecher alljährlich den Müttern und Vätern ihre Anerkennung aus, die sich über einen Zeitraum von zehn Jahren und länger als Klassenelternsprecher/in oder im Schulleiterbeirat eingesetzt haben.

Jeder, der einmal versucht hat, ein solches Amt auszuführen, weiß, dass dazu neben gesundem Menschenverstand eine Menge Energie und Eigeninitiative gehören, aber auch die Bereitschaft, sich offensiv um Informationen zu bemühen, immer wieder mit Eltern, Lehrkräften, Vertretern von Schulbehörden und Schulträgern das Gespräch zu suchen, um die Wünsche und Einwendungen der Eltern gebündelt vorzubringen und wirksam zu vertreten.

Der Landeselternbeirat gratuliert den Elternvertretern zu ihrer Auszeichnung und dankt ihnen für die geleistete Arbeit. Wir schließen auch all jene mit ein, deren langjähriges Wirken dem Landeselternbeirat und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur nicht zur Kenntnis gelangt ist.

Mit der Urkunde für langjährige Elternarbeit wurden im Jahr 2007 ausgezeichnet:

Alsenz	Nordpfalzschule Alsenz	Kampa, Wolfgang
Alsenz	Nordpfalzschule Alsenz	LaComb, Gerald
Altendiez	Oranienschule	Riegelmeier, Klaus-Peter
Bad Bergzabern	Alfred-Grosser-Schulzentrum, Gym.	Foos, Stefan
Bad Bergzabern	Alfred-Grosser-Schulzentrum, Gym.	Roder, Elisabeth
Bad Bergzabern	Alfred-Grosser-Schulzentrum, Gym.	Kästle-Arbogast, Vera
Bad Bergzabern	Alfred-Grosser-Schulzentrum, Gym.	Daum, Ruthild
Bad Kreuznach	Gymnasium am Römerkastell	Süßenbach, Angelika
Bad Kreuznach	Gymnasium am Römerkastell	Hill, Doris
Bad Kreuznach	Gymnasium am Römerkastell	Schäfer, Peter
Bad Kreuznach	Gymnasium am Römerkastell	Kahlstadt-Krolla, Claudia
Bolanden	Gymnasium Weierhof	Gatti, Markus
Daun	Geschwister-Scholl-Gymnasium	Zügner, Günther
Gerolstein	St. Matthias-Gymnasium	Neis-Zeiß, Dr Petra
Idar-Oberstein	Regionale Schule	Horwarth-Hill, Regina
Ingelheim	Sebastian Münster-Gymnasium	Wilhelm, Holger
Kaiserslautern	St. Franziskus-Gymnasium u. Reals	Seiberth-Schmalenbach, A.
Katzenelnbogen	Hauptschule	Scheffler, Helga
Katzenelnbogen	Hauptschule	Heidecker, Diana
Landau	Konrad-Adenauer Realschule	Schoppe, Klaus
Landstuhl	St.-Katharina-Realschule	Richter, Eckhard
Mainz	Gutenberg-Gymnasium	Wahlmann, Eva-Marie
Mayen	Hauptschule Hinter Burg	Hoffmann, Udo
Mayen	Hauptschule Hinter Burg	Nöthen, Erich
Montabaur	Peter-Altmeier-Gymnasium	Slomp, Irma
Montabaur	Mons-Tabor-Gymnasium	Jacke, Dr. Gabriele
Montabaur	Mons-Tabor-Gymnasium	Bliedung, Susanne
Montabaur	Mons-Tabor-Gymnasium	Behme-Wechsung, Dr. D.
Mutterstadt	Integrierte Gesamtschule	Rief, Armin
Ockenheim	Grundschule Ockenheim	Jack, Elke
Ockenheim	Grundschule Ockenheim	Meier, Heike
Oppenheim	Gymnasium zu St. Katharinen	Bürger, Maria
Oppenheim	Gymnasium zu St. Katharinen	Kemmeter, Christiane
Oppenheim	Gymnasium zu St. Katharinen	Skubski, Angela
Pirmasens	Leibniz-Gymnasium	Seelbinder, Dr. Bernhard
Pirmasens	Leibniz-Gymnasium	Deutschmann, Werner
Schönecken	Graf-Hartard-Grund-u. Hauptschule	Schweisthal, Heidrun
Simmern	Herzog-Johann-Gymnasium	Tenhaeff, Gudrun
Simmern	Herzog-Johann-Gymnasium	Heinrich, Anna-Luise
St. Goarshausen	Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Zengler, Christoph
St. Goarshausen	Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Schollmeier, Andrea
St. Goarshausen	Wilhelm-Hofmann-Gymnasium	Lübke, Martin
Stadecken-Elshheim	Grundschule	Krützfeld, Sönke
Worms	Rudi-Stephan-Gymnasium	Junge, Petra
Worms	Rudi-Stephan-Gymnasium	Mierenfeld, Jutta
Worms	Rudi-Stephan-Gymnasium	Ries, Roswitha

Die Urkunde kann durch die Schule formlos beim LEB oder MBWJK beantragt werden, wenn Eltern mindestens 10 Jahre in der Elternarbeit tätig waren.

Girls´Day 08

Der Mädchen-Zukunftstag für die Klassenstufen 5 – 8

Am Donnerstag, den 24. April 2008 wird zum 7. Mal bundesweit der Girls´ Day durchgeführt. Der Aktionstag soll Mädchen mit Berufen in Berührung bringen, die nicht eingengt sind auf die traditionell weiblichen Berufsbilder, sondern das Berufespektrum deutlich erweitert.

Nach dem Ende der Bundesfinanzierung geht die Organisation aufs Land über. Bestehende Netzwerke und neue staatliche Routinen sollen die Fortführung dieser erfolgreichen Veranstaltung sichern. In Rheinland-Pfalz übernimmt diese Aufgabe das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen von Ministerin Malu Dreyer. Ausführliche Informationen und Hinweise finden alle Interessierten – Schülerinnen, Eltern, LehrerInnen – auf der offiziellen Homepage <http://www.masgff.rlp.de/frauen/girls-day/index.php>.

Schulen sind angehalten die Mädchen für diesen Tag vom Unterricht zu beurlauben. Eltern finden auf der Homepage einen Antrag auf Freistellung vom Unterricht als Download, der bei KlassenlehrerInnen vorgelegt werden kann. Sollte es Probleme damit geben, was leider vereinzelt immer noch vorkommt, können sich die Betroffenen direkt ans Bildungsministerium wenden. Firmen in Wohnortnähe sind auf der Homepage eingestellt. Regionale Arbeitskreise sorgen vor Ort für Unternehmen, die Praktika anbieten, und zahlreiche Schulen organisieren gemeinsam mit diesen Netzwerkpartnern die Versorgung von Mädchen mit Praktikumsplätzen. Die Teilnahme am Girls´ Day wird von den Unternehmen bescheinigt und lässt sich für eine Bewerbungsmappe gut verwenden.

Rechtzeitig informieren und anmelden lohnt in jedem Fall. Die regionalen Arbeitskreise helfen dabei.

Gabriele Weindel-Güdemann

Nur mit Licht!

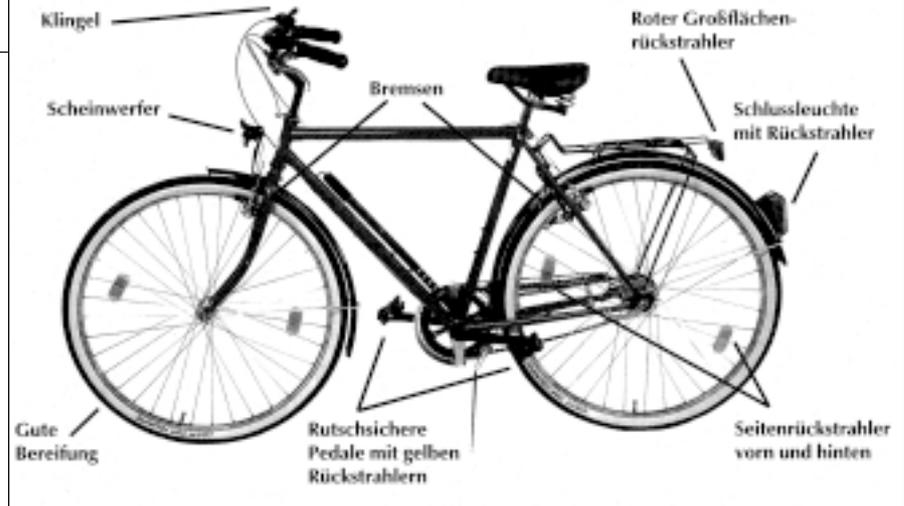
Eltern engagieren sich für sichere Fahrräder

Etwa 10.000 Schüler besuchen täglich eine der vielen Gymnasien, Haupt-, Real-, Förder- oder Privatschulen in der Schulstadt Landau. Nicht wenige davon sind mit ihren Fahrrädern unterwegs. In einer gemeinsamen Aktion der Schulelternsprecher der Landauer Schulen mit der Polizei wurden jetzt bei einer breit angelegten Kontrollaktion mehr als 1000 Fahrräder auf ihre Verkehrstüchtigkeit überprüft.

Die Idee dazu entstand bereits im März 2007 auf einem Treffen der SEB-Sprecher der weiterführenden Schulen in Landau. Elternvertreter des Eduard-Spranger-Gymnasiums und der Konrad-Adenauer-Realschule sprachen daraufhin die Verkehrswacht und die Polizei Landau an, ob sie sich an einer zeitgleichen Kontrolle der Beleuchtungsanlage von Schülerfahrrädern aller weiterführenden Schulen beteiligen könnten.

Unter dem Motto: „Mit Sicherheit – Beleuchtetes Fahrrad“ wurden an zwei Tagen 1017

Das gehört zu einem verkehrssicheren Fahrrad:



Fahrräder auf Funktionsfähigkeit und Vollständigkeit der Beleuchtungsanlage überprüft. Bereits morgens zwischen sieben und acht Uhr hatten die beteiligten Elternvertreter und die Polizisten jede Menge zu tun.

Galt es doch, den Fahrradfahrern über geeignete Kontrollzettel eine fachmännische Rückmeldung zum Zustand ihres Drahtesels zu geben.

Als Anreiz für die Teilnahme an der Untersuchung und als Motivation, die festgestellten Mängel schnell zu beseitigen, konnten die Teilnehmer bei einem mängelfreien Kontrollzettel an einer Tombola teilnehmen.

Für das geplante Abschlussfest stellte die Stadt Landau den Rathausplatz kostenlos zur Verfügung und durch die finanzielle Unterstützung der Firma MPL und des Weinguts Michael Fix konnten eine Beschaltungsanlage sowie eine rollende Bühne bereit gestellt werden.

Waren am ersten Tag noch mehr als 41% der kontrollierten Fahrräder ohne funktionierende Beleuchtungsanlage, so verringerte sich diese Quote immerhin auf 34% am Tag zwei. Eine messbare Verbesserung direkt vor Ort und eine Sensibilisierung für das Thema Sicherheit im Straßenverkehr. Eine solche Elternaktion, die laut Polizei bisher einzigartig war, lohnt den Aufwand, denn die Gewinner sind unsere Kinder.

Wolfgang Harsch



Wählen Sie Gesundheit

06131 / 2069-30

Anrufer erreichen diesen Infodienst landesweit unter der Nummer 06131/206930 zum Ortstarif rund um die Uhr.

Unter dem Motto „Wählen Sie Gesundheit“ werden im zweiwöchigen Wechsel aktuelle Gesundheitsthemen vorgestellt. Auf der Homepage www.lzg-rlp.de können Sie die vollständigen Texte online lesen und ausdrucken. Auch ältere Ausgaben können noch eingesehen werden.

Ausgewählte Telefonansage-Themen der Landeszentrale für Gesundheit im 1. Halbjahr 2008

- 01. - 15. März Shisharauchen - ein neuer Jugendtrend?
- 01. - 15. April So schläft ihr Baby am sichersten
- 16. - 30. April Fingernägelkauen - mehr als eine lästige Angewohnheit
- 01.-15. Juni Kinder und Medien - Tipps für Eltern

Elternschule
Lernende Familie

VIVA FAMILIA
Servicestelle für lokale Bündnisse

Elternfortbildung 2008

Block 3

Wie können Eltern die Entwicklung ihrer Schule mitgestalten? – Gemeinsame Arbeit am Beispiel des Qualitätsprogramms

Elternkooperation bei der Erarbeitung eines schuleigenen Qualitätsprogramms ist eine neue, inhaltlich anspruchsvolle Aufgabe für Elternvertreterinnen und -vertreter. Hier erhalten Sie einen Überblick über den derzeitigen Stand der Qualitätsinitiative des Landes und die notwendigen Informationen und Anregungen, um kompetent am Qualitätsprogramm Ihrer Schule mitzuarbeiten.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

19. April 2008	Speyer	IFB-Nr: 814 3001 04
19. April 2008	Boppard	IFB-Nr: 814 3001 05
19. April 2008	Saarburg	IFB-Nr: 814 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

26. April 2008	Speyer	IFB-Nr: 814 3002 04
26. April 2008	Boppard	IFB-Nr: 814 3002 05
26. April 2008	Saarburg	IFB-Nr: 814 3002 06

Block 4

Anregungen für das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch – Vorbereitungshilfe an Hand des Leitfadens

Hier erhalten Eltern Anregungen und Vorschläge, wie ein Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch aufgebaut und effizient geführt werden kann. Die Veranstaltung soll die Kommunikationskompetenz von Eltern stärken und Strukturhilfen zur Gesprächsvor- und nachbereitung vermitteln. Der Leitfaden für ein Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch wird intensiv erläutert, praktische Übungen sollen Eltern den Einstieg in diese Form des Dialogs erleichtern.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

16. August 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3001 01
16. August 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3001 02
16. August 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3001 03

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

23. August 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3002 01
23. August 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3002 02
23. August 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3002 03

Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräche - Vertiefung für Schulteams

Elternvertretungen, Schülervertretungen, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer bereiten sich hier konkret auf die Einführung des Lehrer-Schüler-Eltern-Gesprächs an ihrer Schule vor.

Teilnehmerkreis: alle Schularten

landesweit in Speyer, Termin steht noch nicht fest

IFB-Nr. 824 3003 01

Block 1

Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/Formen der Elternarbeit

Eltern werden in diesem Kurs grundsätzlich über ihre Rechte und Pflichten in der Schule informiert. Die Strukturen der Elternarbeit in Rheinland-Pfalz werden vorgestellt und erläutert. Elternvertreterinnen und -vertreter erfahren Grundsätzliches über die Arbeit von Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprechern sowie des Schulelternbeirats. Sie erhalten Tipps im Umgang mit Schulen, zur Organisation und Gestaltung von Elternabenden und Schulelternbeiratssitzungen u. v. m. Praxisnahe Beispiele helfen, Fragen zu klären und geben Anregungen für die tägliche Arbeit in der eigenen Schule.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

22. November 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3001 04
22. November 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3001 05
22. November 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

29. November 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3002 04
29. November 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3002 05
29. November 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3002 06

Leitung der Veranstaltungen

Ein Expertenteam führt durch die Veranstaltungen. Jeweils eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe des IFB, eine Vertreterin oder ein Vertreter der ADD (Schulaufsicht), eine Schulleiterin oder ein Schulleiter sowie eine erfahrene Elternvertreterin oder ein Elternvertreter (Regionalelternbeirat oder Landeselternbeirat) bringen die unterschiedlichen Sichtweisen der schulischen Professionen ein und stehen den Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Austausch von Eltern untereinander motiviert und regt zur lokalen Netzwerkbildung an.

Mögliche Anmeldeverfahren:

- Per Fax: 06232-659-120
- Per Post: IFB Speyer, Postfach 1680, 67326 Speyer
- Per Telefon: 06581-9167-10; (IFB Saarburg, Andrea Pogrzeba)
- Per Email: andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de

Die Fortbildungsveranstaltungen dauern von 09:30 Uhr bis 16:00 Uhr. Nähere Informationen zur Elternfortbildung sowie den Anmeldebogen mit genauen Terminen und Veranstaltungsorten finden Sie auf den Homepages

- des MBWJK: <http://eltern.bildung-rp.de>
- des LEB: <http://leb.bildung-rp.de> und
- des IFB: <http://ifb.bildung-rp.de>

Das Programm sowie ein Einladungsschreiben geht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwa 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Bitte beachten Sie, dass weder Fahrt- noch Verpflegungskosten übernommen werden. Die Fortbildungen selbst sind kostenfrei.